

Aktuelle und abgeschlossene Forschungsprojekte

Prof. Dr. Peter Imbusch

Legitimationsstrategien und Legitimationsmuster von Gewalt

laufend

Die Frage nach der Legitimität von Gewalt zu stellen, mag etwas Verstörendes haben. Denn die gängigen und dominanten Selbstbeschreibungen der Moderne weisen allesamt darauf hin, dass moderne Gesellschaften aufgrund ihres langandauernden Zivilisierungs- und Modernisierungsprozesses vergleichsweise gewaltfreie – zumindest gewaltarme – Gesellschaften sind und Gewalt als Handlungsmodus selbst die Ausnahme sein soll. Bei genauerer Betrachtung zählt diese Vorstellung jedoch zu den „großen Erzählungen“ der Moderne und kann als eine Art Sozialmythos betrachtet werden. In einer solchen Perspektive wäre die Frage nicht nur schnell beantwortet, sie wäre zudem auch noch falsch gestellt: Gewalt kann gar nicht legitim sein, seit der moderne Staat das Gewaltmonopol für sich beansprucht; er sorgt schließlich für Ordnung und sanktioniert entsprechende Verstöße dagegen. Das normative Gewaltverbot in modernen Gesellschaften führt nun jedoch nicht dazu, dass es auch realiter keine Gewalt mehr gibt. Deshalb kann vielleicht der eigentliche Ertrag des Zivilisationsprozesses darin gesehen werden, dass Gewalt grundsätzlich legitimationsbedürftig geworden ist. So wie die Herrschaft im Zuge der Entwicklung der modernen Gesellschaft nicht mehr als natürlich oder gottgegeben angesehen werden kann, sondern der vorgängigen Legitimation bedarf, so ließe sich auch argumentieren, dass Gewalt in der Moderne immer einer Form der Legitimierung bedarf, sie nicht mehr ohne Rechtfertigung auskommt. Dies gilt für Formen individueller Gewalt genauso wie für Formen politischer Gewalt. Auch die Einschätzung und Bewertung von Gewalt kann sich bekanntlich im Zeitverlauf verändern. Das Forschungsprojekt möchte den Legitimationsstrategien und Legitimationsmustern auf drei Ebenen nachspüren: a) auf der Mikro-Ebene des Individuums, b) auf der Meso-Ebene gesellschaftlicher Gruppen, und c) auf der Makro-Ebene des Staates. Auf jeder dieser Ebenen soll an unterschiedlichen Beispielen und in komparativer Perspektive nach den Begründungsmustern und möglichen Legitimationen von Gewalt gefragt werden. Die ausgewählten Beispiele liegen allesamt in der interessanten Grauzone zwischen der legalistischen Verneinung jeglicher Legitimität von Gewalt und der etwas naiven generellen Bejahung einer solchen Legitimität, so dass an ihnen die Legitimitätsproblematik von Gewalt besonders eindrücklich aufgezeigt werden kann.

Populismus und politische Machtveränderungen in Lateinamerika

laufend

Populismus hat keinen guten Ruf, der Begriff ist weithin negativ besetzt, Populist zu sein gilt politisch als Stigma: Der Begriff wird häufig dazu verwendet, eine opportunistische Politik zu kennzeichnen, die jenseits politischer Inhalte die Gunst der Massen zu gewinnen versucht und die Bevölkerung für eigene Zwecke und Zielsetzungen manipuliert oder instrumentalisiert. Beschäftigt man sich ausführlicher mit dem Phänomen des Populismus, dann stößt man allenthalben auf ein höchst umstrittenes historisch-sozialwissenschaftliches Konzept: Zwar ist Populismus ein Begriff mit theoretischem Anspruch und universeller Anwendung, seine inhaltlichen Kennzeichnungen gehen jedoch weit auseinander, von manchen wird er ob seiner Ambiguität als Analysekategorie ganz abgelehnt. Populismus kann gleichwohl als Diskursstrategie, als Herrschaftstechnik oder als soziale Protestbewegung in Erscheinung treten. Als Diskursstrategie weist er bestimmte typische Merkmale auf, ist aber mit „rechten“ wie mit „linken“ politischen Inhalten vereinbar. Als Herrschaftstechnik ist er eine Mobilisierungs- und Konsenssicherungsstrategie politischer Eliten und einzelner Führungspersonen. Als soziale Protestbewegung verfügt der Populismus über eine auf eine zentrale Führungsperson ausgerichtete Massenbasis, die sozioökonomische Entwicklungsperspektiven und effektive politische Partizipation einfordert. Mischformen sind häufig. Populismus entsteht in der Regel in Phasen raschen gesellschaftlichen Wandels, in denen sich traditionelle und/oder autoritäre Herrschaftsstrukturen auflösen oder in die Krise geraten. Lateinamerika weist dementsprechend eine lange Tradition des Populismus auf, dort hat er seine größte politische Kraft entfaltet, und der Kontinent ist das bevorzugte Spielfeld von Populisten aller Art. Nur dort ist Populismus zu einem dauerhaften Phänomen der Politik geworden, haben es Populisten aller Couleur immer wieder geschafft, an die Macht zu gelangen. Dort verfügt er offensichtlich über eine Reihe von gesellschaftlichen Bedingungen und strukturellen Ursachen, die ihn immer wieder reproduzieren und die andernorts nicht anzutreffen sind. Dazu zählen sozialstrukturelle Spaltungen, die nur für eine geringe Konturierung von Klassen,

Schichten, Parteien und Interessengruppen sorgen, wie auch extreme sozialökonomische Ungleichheiten und in politischer Hinsicht nicht zuletzt schwache Staaten, elitäre Regierungen und eine Kultur des Klientelismus und der Korruption, die einen idealen Humus für Populisten aller Art bilden. All diese Faktoren bilden den Hintergrund für eine Virulenz des Populismus, die sich so weder in Europa noch in Nordamerika finden lässt. In dem Forschungsprojekt geht es neben der theoretischen Aufarbeitung des Populismusbegriffs und den Unterschieden und Gemeinsamkeiten zwischen den einzelnen Wellen des Populismus in Lateinamerika wie auch deren Differenzen zu populistischen Experimenten in Europa wesentlich um die aktuelle dritte Welle des Populismus. Im Zentrum steht dabei die Frage, inwiefern die als populistisch bezeichneten Regierungen in Venezuela, Bolivien und Ecuador Herausforderungen für die traditionellen Machtstrukturen ihrer Länder darstellen, inwieweit sie die Machtverhältnisse transformieren können, über welche Machtressourcen sie dazu verfügen und auf welche Machtbasis sie sich stützen. Dazu sollen im Einzelnen die Entstehungsbedingungen der dritten Welle des Populismus, die konkreten Politikstile von Chávez, Morales und Correa, die populistischen Rhetoriken, die einzelnen Politiken selbst, die Erträge des Populismus für unterschiedliche Gruppen der Gesellschaft, die Stärken und Schwächen der populistischen Experimente sowie die innenpolitischen Konflikte untersucht werden, die mit der populistischen Politik verbunden waren. Es wird dabei davon ausgegangen, dass die politische Stärke und Durchsetzungskraft der aktuellen Populisten in Venezuela, Bolivien und Ecuador von einem komplexen Faktorenbündel abhängig ist, welches in höchst unterschiedlichem Maße eine Transformation der traditionellen Machtstrukturen dieser Länder erlaubt.

Konfliktpotenziale demographischer Entwicklungen

laufend

Demographische Entwicklungen werden zunehmend in ihrer Bedeutung für soziale Konflikte und Gewaltprozesse wahrgenommen. Denn die Folgen des demographischen Wandels betreffen nicht nur die Bevölkerungsstrukturen einzelner Länder oder deren Zusammensetzung, sie führen auch zu latenten und manifesten Konfliktsituationen, die sich auf unterschiedlichen Ebenen niederschlagen. Dabei lassen sich zwischen unterschiedlichen Regionen große Unterschiede feststellen: Während die alteuropäischen westlichen Industrieländer aufgrund von Bevölkerungsrückgang und Überalterung vor beträchtlichen demographischen Herausforderungen und Anpassungsproblemen stehen, sind die meisten Entwicklungsgesellschaften junge Gesellschaften, die eine große Zahl von jungen Menschen in Wirtschaft und Gesellschaft integrieren müssen. Eine dritte Ländergruppe reproduziert seine Bevölkerungszahl und ist den vermeintlich positiven oder negativen Konsequenzen der beiden zuvor genannten Fälle relativ entzogen – was allerdings nicht bedeutet, dass die demographischen Trends dort keine Konflikte auslösen. Das Projekt setzt an den von demographischen Prozessen ausgehenden Konfliktpotenzialen für drei Ländergruppen an: Erstens sollen „schrumpfende Gesellschaften“ (paradigmatisch verkörpert am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland) in den Blick genommen werden; zweitens sollen stark wachsende Gesellschaften (paradigmatisch verkörpert am Beispiel Indien) in den Blick genommen werden; drittens sollen jene Länder untersucht werden, die von den demographischen scheinbar unberührt sind und eine, durch welche Faktoren auch immer hervorgerufene, ausreichende Reproduktionsrate aufweisen (paradigmatisch verkörpert am Beispiel der USA). Um die mit demographischen Prozessen einhergehenden latenten und manifesten Konflikte zu erfassen, wird auf der Grundlage einer „Politischen Demographie“ danach gefragt, wie demographische Entwicklungen auf gesellschaftliche Aspekte ein- bzw. zurückwirken. Dazu soll zunächst ein genauerer Blick darauf geworfen werden, wie demographische Aspekte und Prozesse die Entwicklungsmöglichkeiten von Gesellschaften beeinflussen und was demographische Prozesse mit der „Politik der Gesellschaft“ machen. Auch wenn die Zusammenhänge und Wirkungsmechanismen selten monokausal, sondern aufgrund ihrer Wechselwirkungen eher komplex und interdependent sind, besitzen demographische Prozesse bedeutsame politische Implikationen, die in ihrer Struktur und Reichweite erörtert werden sollen. Sodann soll danach gefragt werden, welche Konflikte und Konfliktpotenziale demographische Prozesse in einer Gesellschaft auslösen bzw. heraufbeschwören. Die begründete Vermutung ist dabei, dass diese Konflikte in den hier unterschiedenen drei Ländergruppen zwar variieren, aber typisch für die jeweilige demographische Konstellation sind. Ausgehend von der These, dass demographische Entwicklungstrends Wirkungen auf unterschiedlichen Ebenen entfalten, wird hier nach den typischen Konfliktkonstellationen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen gefragt. Dabei wird sich nicht nur zeigen, dass sich hinter dem vereinheitlichenden Terminus „demographische Frage“ je nach Ebene und Konflikt eigentlich sehr unterschiedliche demographische Fragen verbergen, sondern auch, dass die Antworten von Gesellschaften auf den demographischen Wandel höchst verschieden ausfallen. Denn inzwischen ist nicht nur deutlich geworden, dass ein hohes Bevölkerungswachstum Gesellschaften vor große Herausforderungen stellen kann, sondern auch eine schrumpfende Bevölkerung beträchtliche sozialstrukturelle Verwerfungen mit sich bringt, die in ihren Auswirkungen und Konsequenzen nicht weniger dramatisch sind. Damit sollen insgesamt die politischen

Dynamiken von demographischen Prozessen in vergleichender Perspektive in den Mittelpunkt gerückt werden, um zu eruieren, welche Auswirkungen der demographische Wandel auf Politik und Gesellschaft hat, welche Konflikte der demographische Wandel unter unterschiedlichen Umständen auslöst, und wie unterschiedliche Gesellschaften auf den demographischen Wandel und die damit einhergehenden Konflikte reagieren.

Gewalt- und Konfliktodynamiken an Schulen – Entwicklung und Perspektiven eines internationalen Vergleichs

DFG, 2013-2014

Wesentliches Ziel des Projekts ist die Unterstützung beim Aufbau einer internationalen Kooperation mit Wissenschaftlern aus Argentinien. Konkretes Ziel des Vorhabens ist die Auslotung und Eruierung der Möglichkeiten und Sinnhaftigkeit eines international vergleichenden Forschungsprojekts zu Gewalt- und Konfliktodynamiken an Schulen und im Bildungssystem in Europa und Lateinamerika. Dabei sollen zunächst die Hintergründe und Prozesse, die zu Gewalt und Konflikten führen, sodann auch die zugrunde liegenden Spannungen und schließlich die Verarbeitungsmöglichkeiten unterschiedlicher Formen von Gewalt und Konflikten durch die betroffenen Beteiligten (aber auch der Schulen und ihres sozialen Umfeldes) in den Blick genommen werden. Es wird dabei davon ausgegangen, dass gesamtgesellschaftliche Umbruchprozesse und ihre Auswirkungen im Bildungssystem sowie spezifische gesellschaftliche Faktoren wichtige Aspekte zur Erklärung von Gewalt und Konflikten an Schulen darstellen. Da international vergleichende Forschungsergebnisse zu Gewaltkonflikten an Schulen und höheren Bildungseinrichtungen bislang nur höchst punktuell vorliegen, sollen v.a. konzeptionelle Aspekte von Gewalt und Konflikten an Schulen und Universitäten diskutiert und adäquate Vergleichsparameter für die internationale Forschung entwickelt werden.

SAWSOC (Situation AWare Security Operations Center)

EU, 2013-2015

IT-basierte und physische Lösungen zum Schutz kritischer Infrastrukturen und zur Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Raum wurden in der Vergangenheit zumeist losgelöst voneinander entwickelt und implementiert. Angesichts vielfältiger Bedrohungen der Sicherheit (Kriminalität, Terrorismus, Naturgefahren, technische Großunglücke) werden heterogene und fragmentierte Sicherheitslösungen heutzutage nicht mehr als ausreichend im Umgang mit neuen Risiken und Gefahren betrachtet. Die Konvergenz und effiziente Kooperation unterschiedlicher Sicherheitsanwendungen verspricht vor diesem Hintergrund einen Zuwachs der objektivierten Sicherheit insbesondere bei der Überwachung und Kontrolle kritischer Infrastruktureinrichtungen. Im Rahmen dreier Fallstudien zum Schutz kritischer Infrastrukturen (Flughafen, Kraftwerk) und halb- öffentlicher Räume (Fußballstadion) soll mit dem Projekt SAWSOC eine zentrale Plattform entwickelt und erprobt werden, welche Dienstleistungen und Verfahren zur Prävention und Behandlung unvorhergesehener Sicherheitsbedrohungen umfasst. Ziel ist es, ein integriertes Zentrum zu implementieren, mit dem verschiedene Sicherheitssysteme in Echtzeit überwacht und verwaltet werden können (Situation Awareness). Im Teilprojekt soll erstens eine kritische Evaluation der technischen Entwicklung durch sozialwissenschaftliche Begleitforschung erfolgen und danach gefragt werden, wie Kontrolltechnologien idealerweise gestaltet sein müssen, damit Betroffene sie akzeptieren und von ihnen profitieren (Leistungserwartungen). Zweitens geht es um die Erhebung von Unsicherheitsgefühlen in Bezug auf Kontrolltechnologien, insbesondere die Frage, inwiefern sich Betroffene durch integrierte Sicherheitsanwendungen tatsächlich sicherer fühlen (Sicherheitserwartungen). Drittens und generell geht es um die Erhöhung der Transparenz durch partizipative Verfahren der Gestaltung von Innovationen in der Sicherheitstechnologie.

Violence Research and Development – A Project to Advance Comparative Research on Conflict and Violence, to Promote Networking of Violence Researchers, and to Support Young Academics

BMZ, 2012-1014

Intra-societal violence is a major problem in many transformation and developing countries, and one of the biggest obstacles to sustainable development and democracy. However, many countries in Africa, Asia, Latin America, and the Middle East – especially those most affected by violence – have no properly institutionalized

academic violence research capable of providing guidance for violence control and conflict transformation. Consequently violence research is often conducted by international organizations, development agencies and universities in North America and Europe, but lacks legitimacy and acceptance in the developing countries themselves. Where local violence research exists, it often lacks the multilateral networking required to exploit its full potential and contribute adequately to the international debate. Locally, it remains at a level too rudimentary to allow reflective public discussion of problems and countermeasures. The pilot project "Violence Research and Development", an initiative of the International Centre for Violence Research (ICVR) at Bielefeld University, aims to tackle this deficit. The ICVR has been established as a scientific collaboration platform to bundle existing interest in international comparative violence research, to overcome widespread weaknesses and deficits in this field, and to raise violence research to a higher level in multilateral collaboration with international colleagues. Comparative Research is organized in three research areas and six research lines. The research areas Political Violence, Urban & Criminal Violence and Violence, Gender & Socialization serve as a basic structure to systematize research topics, and they provide an organizational framework for publishing activities. Six research lines (Research Line 1: Parties, Passion, and Politics; Research Line 2: Justifications and Legitimacy of State Violence; Research Line 3: Violent and Non-Violent Neighborhoods; Research Line 4: Violence in the Twilight Zone; Research Line 5: Violence against Women: Victims' Perceptions and Social Explanations; and Research Line 6: Street Children and Violence in Urban Spaces) represent important research topics, both under a scientific as well as under a political point of view. In each research area, two lines of research will be explored multilaterally, cooperatively and comparatively by a research team of up to five junior researchers from Egypt, El Salvador, Nigeria, Pakistan and Peru, for a period of 16 months.

Processes of Decivilization

International Research Group on „Control of Violence“ (ZiF), 2007-2008

Some time ago Timothy Garton Ash wrote that the big lesson of "Katrina" was not the incompetence of the Bush administration, the scandalous neglect of poor black people in the United States or the unpreparedness for major natural disasters. The big lesson of "Katrina" was that the crust of civilization on which we tread is always wafer thin. "Remove the elementary staples of organized life – food, shelter, drinkable water, minimal personal security – and we go back within hours to a Hobbesian state of nature, a war of all against all." We easily find other examples which make us think about the rapidity of the breakdown of societies, their acknowledged societal rules and norms and their fierce recourse on violence: Remember for example the desintegration of Yugoslavia and the genocide in Ruanda; remember earlier experiences like the Holocaust or the Gulag; additionally we can think of actual processes of state failures and civil wars in Africa or other regions of the world. According to recent data, the world has seen more than 200 international and civil wars since 1900, in which approximately 100 million people perished. What do these cases have in common? The basic point is that they reject the notion civilization, that they are regarded as forms of uncivilized behavior, that they are an expression of decivilizing processes, that they indicate a loss of control, either self-control or control by other instances. To a certain degree we are all used to think in terms of Elias' process of civilization: People become ever more civilized due to effective state building, the legitimate monopoly of force, the suppression and control of violence, the refinement of manners, effective self-control of drives and impulses and the growing propensity to abstain from aggressiveness and violent behavior. In this sense, decivilization seems to be right the opposite of civilization where people ceased to be civilized and become barbaric. But this is rather misleading to some extent. Today we have a huge knowledge on civilizational processes – not least due to the work of Norbert Elias and others. Only recently, people have begun to worry about this fact when they were confronted with failed statehood, protracted civil wars, or genocide. They started to ask themselves, how vulnerable modern civilization really is, what is going on during the breakdown of societies, why does a decay of civilized behaviors occur, and they wonder how simple an open relapse or a regression into barbarism is. These questions can easily be translated as follows: What are decivilizing processes and how can they be conceptualized? How can we specify processes of decivilization and get a grip on the methodological problems involved? Under which circumstances does decivilization occur and what conditions favor decivilization? Which aspects and processes do we have to take into account to understand decivilization? What are probable characteristics of decivilizing processes? Which levels are involved when decivilizing processes occur and what consequences do they have for a society? Where does decivilization start and how can we stop or reverse decivilizing tendencies? What is the meaning of decivilization in the context of a loss of control? The term decivilization (or breakdown of civilization) will preliminary refer to constellations of widespread and violent destruction of a social order that succeed earlier periods when civilization prevailed to a greater degree, with more restrained modes of interaction and more tempered self-constraints. The term decivilization suggests

that something that once existed has since disappeared, that it was lost or destroyed. In the research project an attempt is made to come to terms with decivilization and decivilizing processes. The overall interest is to develop a model which helps us to understand what's really going on when some kind of decivilizing occurs. This model should include the different aspects, stages and groups or parties involved on various levels. In a first step, I review the underlying problem and its theoretical and sociological implications. In a second step, I discuss the main proposals to think about decivilising processes and resume the problems involved in these concepts. In a third step, I develop a tentative model of decivilization bringing together important elements for an adequate understanding of processes of decivilization. Afterwards, in a fourth step, I systematically consider three paradigmatic cases of decivilizing processes to compare them with the theoretical insights of the model. In the conclusions, I look for consequences from the theoretical conceptualizations and empirical findings and address some lines of future research on the topic. My assumptions are that there are some regularities between the different cases that allow for such a modeling, and that after such a modeling comparisons between cases studies will be easier. The purpose of the project is to understand in an ideal-typical manner what is going on before, during and behind decivilizing takes place.

Wirtschaftseliten zwischen Konkurrenzdruck und gesellschaftlicher Verantwortung / Forschungsverbund Desintegrationsprozesse

BMBF, 2002-2005

Das Projekt ist Teil des Bielefelder Forschungsverbundes „Desintegrationsprozesse“ und untersucht die Frage, wie sich Wirtschaftseliten in der Bundesrepublik zu Tendenzen gesellschaftlicher Desintegration verhalten und wie sie es diesbezüglich mit ihrer gesellschaftlichen Verantwortung halten. Als machtvollste Gruppe der Gesellschaft beeinflussen bzw. fällen Wirtschaftseliten Entscheidungen von gesamtgesellschaftlicher Tragweite; sie nehmen in den öffentlichen Debatten eine prominente Stellung ein. Dabei zeichnen sich widersprüchliche Haltungen ab: Einerseits betreiben Wirtschaftseliten ein neoliberales Modernisierungsprojekt in globalem Maßstab, das, zumal unter scharfer Konkurrenzdruck, gesellschaftliche Desintegrationstendenzen verstärken kann. Andererseits sehen sie teilweise durchaus die Gefahr, dass Desintegrationserscheinungen mittel- und langfristig negative Auswirkungen auf Standorte und Investitionsverhalten haben können, dass sie positionale Anerkennung, Motivation und Leistungswillen eines Teils der Arbeitnehmer untergraben und hohe gesamtgesellschaftliche Kosten verursachen können. Wie schätzen Wirtschaftseliten die aktuellen politischen und ökonomischen Entwicklungen ein? Welches allgemeine Leitbild von Gesellschaft und gesellschaftlicher Integration vertreten sie? Welche Ordnungsvorstellungen haben sie? Wie sehen sie ihre eigene Verantwortung und Rolle im Spannungsfeld von Staat, Markt und Gesellschaft? Hat sich ihr Selbstverständnis und ihre Problemwahrnehmung verändert? Was denken sie im Hinblick auf Gleichheit und Gerechtigkeit, wie stehen sie zur Kernnorm der Gleichwertigkeit der Menschen? Diese Fragen, zu denen bislang allenfalls impressionistische Antworten vorliegen, werden empirisch-systematisch mit einem Mix von Quellen und Methoden erforscht: a) mit einer Auswertung von Dokumenten der Wirtschaftseliten sollen gesellschaftliche Leitbilder, Standpunkte und konkrete Forderungen und Handlungen von Wirtschaftseliten im Hinblick auf Desintegrationsprozesse eruiert werden; b) mit einer Inhalts- und Framinganalyse einiger bundesweiter und regionaler Tageszeitungen soll die Haltung der Wirtschaftseliten zu Fragen gesellschaftlicher Ordnung, Verantwortung und Lösungsvorschlägen im Hinblick auf aktuelle Desintegrationsprobleme untersucht werden; c) in ca. 50 Leitfadenterviews mit Top-Managern und hochrangigen Unternehmern geht es konkret um Fragen der Problemwahrnehmung, der Zurechnung von Verantwortlichkeit und um die praktischen Lösungsvorschläge der Unternehmerschaft; d) in acht Fallstudien werden sodann analog zu einem eigens entwickelten Schema gesellschaftlicher Verantwortung Stufen konkreter Verantwortungsübernahme oder Verantwortungsablehnung exemplifiziert.

Zivilisation und Gewalt

1996-2000

In diesem Forschungsprojekt gehe ich der Frage nach, in welchem Verhältnis Moderne und Gewalt zueinander stehen. Diese Frage ist nach den Gewaltexzessen und der Destruktivität des 20. Jahrhunderts, das in dieser Hinsicht sicherlich ein Jahrhundert der Extreme war, in der Soziologie bislang nur unzureichend und unsystematisch beantwortet worden. In gängigen Selbstbeschreibungen der Moderne finden sich nach wie vor Vorstellungen einer im Großen und Ganzen gelungenen Einhegung von Gewalt, die jene strikt historisiert, marginalisiert oder exterritorialisert hat, so dass Gewalt in ihren vielfältigen Theoretisierungen – sofern sie über-

haupt vorkommt – als Früheres, Fremdes oder rein Pathologisches aufgefasst wird. Dagegen möchte ich anhand zentraler Charakteristika der ‚Makroverbrechen‘ des 20. Jahrhunderts (wie dem Holocaust, dem stalinistischen Terror und der Weltkriegsgewalt) zeigen, dass diese spezifisch moderne und keineswegs zufällige Ereignisse waren, um darüber ein Verständnis für die wechselseitige Bedingtheit von bestimmten Gewaltformen und der modernen Zivilisation zu gewinnen. Dazu habe ich einerseits untersucht, was die Zivilisations- und Kulturtheorien von Sigmund Freud, Alfred Weber, Norbert Elias und Max Horkheimer / Theodor W. Adorno zur Erkenntnis der Zusammenhänge von Moderne und Gewalt beitragen, ob und wie sie die ‚Makroverbrechen‘ in ihre Theoriegebäude integriert haben und welche Perspektiven man jeweils aus ihrer Sichtweise auf diese Formen der Gewalt gewinnen kann. Aus der Kritik an den Schwächen und Versäumnissen dieser Theorieansätze habe ich andererseits mit dem theoretischen Ansatz von Zygmunt Bauman versucht, zu einem adäquaten Verständnis des Verhältnisses von Moderne und Gewalt zu kommen. Mir geht es dabei um die Herstellung eines begründeten Zusammenhangs zwischen der Destruktivitätsgeschichte des 20. Jahrhunderts und der modernen Zivilisation sowie um den Nachweis einer grundlegenden Ambivalenz der Moderne in Bezug auf die Gewalt. Die genannten Makroverbrechen fallen nämlich keineswegs aus dem Rahmen der Moderne heraus, sondern sind die wohl fatalsten Entwicklungsmöglichkeiten der Moderne.

Unternehmer und Politik in Chile / Zur politischen Rolle von Unternehmerverbänden im Cono Sur

DFG, 1991-1994

Die lateinamerikanischen Unternehmer und ihre Interessenorganisationen haben in der sozialwissenschaftlichen Forschung lange Zeit nur geringe Beachtung gefunden. Die Prioritäten wissenschaftlicher Analyse richteten sich auf Akteure wie die politischen Parteien, die Gewerkschaften oder die Streitkräfte. Ein Grund für die geringe Aufmerksamkeit, die den Unternehmern in der Forschung entgegen gebracht wurde, mag damit zu tun haben, dass „die Unternehmer“ sich einer quantitativen und qualitativen Konturierung weitgehend entziehen und für empirische Studien ein schwieriges Objekt darstellen. Ihr politisches Verhalten spielt sich häufig hinter verschlossenen Türen ab und ist der öffentlichen Kontrolle weitgehend entzogen. Die Rekonstruktion ihrer Interessen und ihrer Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungsprozesse ist aufwendig. Gleichwohl ist unbestritten, dass die Unternehmer und ihre Verbände zu den zentralen Machtfaktoren der Gesellschaften Lateinamerikas zählen und ihnen angesichts des engen Beziehungsgeflechts zwischen wirtschaftlicher und politischer Macht ein großer politischer Einfluss zukommt und ihnen sogar beträchtliche Macht zugeschrieben wird. Erst in den 1980er Jahren sind die Unternehmer und ihre Verbände auf Grund einer Reihe von Faktoren als zentrale gesellschaftspolitische Akteure verstärkt ins Blickfeld geraten. Dabei ist rasch deutlich geworden, dass sie neben ihrem ureigenen Betätigungsfeld der Wirtschaft immer auch politische Akteure waren, welche die sich aus ihrer exponierten Position in der Wirtschaft oder ihrem „sozialen Kapital“ ergebende Machtposition auch zur Interessendurchsetzung in der Politik nutzten. Im Forschungsprojekt werden Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Unternehmer und der sie vertretenden Interessengruppen in Argentinien, Chile und Uruguay herausgearbeitet. In einer historisch-vergleichenden Längsschnittanalyse werden jeweils die sozioökonomischen und politischen Rahmenbedingungen, die sozialstrukturellen Merkmale und Organisationsstrukturen der Privatwirtschaft sowie das konkrete politische Verhalten der Unternehmerverbände und einzelner herausragender Unternehmerpersönlichkeiten untersucht. Methodologisch beruht das Forschungsprojekt auf qualitativer Datenauswertung von Verbandsmaterialien und öffentlichen Stellungnahmen der Wirtschaft sowie auf einer Fülle von Leitfadeninterviews mit Verbandsvertretern und sonstigen Experten vor Ort.

Sozialstrukturelle Folgen von Verschuldungskrisen in Ländern der Peripherie – Eine komparative Studie zu Mexiko und Argentinien

Hessische Graduiertenförderung, 1987-1989

Dieses Forschungsprojekt geht auf ein weit verbreitetes Unbehagen mit der Erklärung von Entwicklungsprozessen in Lateinamerika zurück. In der Regel standen in diesbezüglichen Untersuchungen ökonomische und/oder politische Prozesse im Mittelpunkt, ohne dass die Frage nach den gesellschaftlichen Subjekten und Trägern von politischen und ökonomischen Prozessen gestellt wurde. Ebenso wurde das politische Verhalten von Klassen und Schichten beinahe vollständig ausgeklammert, obwohl dies zu einem adäquaten Verständnis von Entwicklungsprozessen unerlässlich ist. Die Untersuchung ging von der Hypothese aus, dass es im Gefolge der

enormen Geldkapitalzuflüsse im Zuge der externen Verschuldung und der nachfolgend eingetretenen Verschuldungs- und Entwicklungskrise (1981/82) in den Ländern der peripheren Moderne nicht nur zu bedeutsamen Veränderungen der Produktionsstrukturen, sondern gerade auch zu Veränderungen der Sozialstrukturen kommt, die ihrerseits wieder Rückwirkungen auf die Entwicklungsoptionen eines Landes haben. In den krisenhaften Anpassungsprozessen verschieben sich nämlich nicht nur die quantitativen Relationen des Klassen- und Schichtengefüges, sondern es kommt auch zu einer beträchtlichen qualitativen Restrukturierung der Machtpotenziale einzelner Gruppen der Gesellschaft. Sozialstrukturen sind nichts Statisches, sondern sie unterliegen einem ständigen Veränderungsprozess, da sich in ihnen dynamische gesellschaftliche Verhältnisse ausdrücken. Um die Sozial- und Klassenstrukturen an den paradigmatischen Fällen Argentinien und Mexiko sowohl in ihrer Struktur- als auch in ihrer Prozesshaftigkeit zu erfassen, wurde für den empirischen Teil der Studie zum einen eine große Menge sozialstatistischer Materials (Bevölkerungszensen, Bevölkerungsumfragen, etc.) ausgewertet und neu zusammen gestellt sowie Sekundärliteratur gesichtet und mit ökonomischen Daten korreliert; zum anderen wurde eine Reihe qualitativer Interviews mit wichtigen Repräsentanten von Organisationen und Institutionen einzelner Gruppierungen der Gesellschaft durchgeführt, um auf diese Weise der subjektiven Seite objektiverer Verhältnisse näher zu kommen. Die mit der Verschuldung einher gehenden gesellschaftlichen Differenzierungsprozesse und die mit den Anpassungskrisen verbundenen sozialstrukturellen Verwerfungen haben insgesamt zu einer beträchtlichen Heterogenisierung der Sozialstrukturen beider Länder geführt, innerhalb derer eine starke Ausweitung von Armut und Informalität bei gleichzeitiger Einkommens- und Reichtumskonzentration feststellbar ist.